

Vorlage, DS-Nr. 2021/0432

öffentlich

Beratungsfolge	Sitzung am:	Ja	Nein	Enth.
Rat	27.04.2021			

Betreff: Initiative Seebrücke - "Städte Sicherer Häfen"
hier: Antrag GRÜNE Fraktion vom 03. März 2021

Beschlussentwurf:

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und sieht keinen weiteren Handlungsbedarf.

Auswirkungen auf den Haushalt:

Finanzielle Auswirkungen: Nein

Sachdarstellung:

Nach dem derzeit gültigen Königsteiner Schlüssel muss Nordrhein-Westfalen 21,2 % der Flüchtlinge aufnehmen. Nach der Verteilstatistik der Bezirksregierung Arnsberg zum Flüchtlingsaufnahmegesetz befinden sich derzeit 40.597 Geflüchtete in NRW, inklusive der bis zum 03.01.2021 an die Kommunen zugewiesenen Personen. Die Zuweisung der Flüchtlinge innerhalb NRW erfolgt durch die Bezirksregierung Arnsberg und richtet sich nach einem Verteilschlüssel, der alle Städte und Gemeinden in NRW gleichsam berücksichtigt (§ 3 Flüchtlingsaufnahmegesetz). Die Erfüllungsquote der Stadt Troisdorf liegt aktuell bei 101% (siehe Anlage Berechnungsdatenblatt FlüAG).

Die Stadt Troisdorf setzt zunächst hinsichtlich der Versorgung Geflüchteter die gesetzlichen Vorgaben um. Hierzu gehören die Sicherstellung des Lebensunterhaltes der zugewiesenen Personen gemäß den Vorgaben des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie die Unterbringung in städtischen Unterkünften.

Zum Sachstand über die Entwicklung in den Asylverfahren und der Unterbringung von Geflüchteten wird auf die Vorlage DS-Nr. 2020/0985 verwiesen, die in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Senior*innen und Inklusion am 28.01.2021 vorgestellt wurde.

Für die Unterbringung besonders schutzbedürftiger Frauen und ihrer Kinder wurde eine spezielle Unterkunft für Frauen eingerichtet, die zusätzlich vom Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) betreut wird. Dieses Projekt wurde bereits 2017 als

beispielhaft beim Deutschen Frauenrat in Berlin vorgestellt.

Die Stadt Troisdorf ist des Weiteren der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus ECCAR beigetreten. Seit dem Beitritt wurden folgende Maßnahmen durchgeführt:

1. Im Frühjahr 2018 startete das Projekt „Engel der Kulturen“. Dieses Projekt, das von zwei Künstlern ins Leben gerufen wurde, fördert durch Aktionen im öffentlichen Raum die interkulturelle / interreligiöse Begegnung und erweitert den von verschiedenen Gruppen der Gesellschaft geführten Dialog um eine sinnlich erlebbare Komponente. Hierbei wurden Bürger*innen, Vertreter*innen der Öffentlichkeit und der verschiedenen Religionsgemeinschaften sowie besonders junge Menschen eingebunden. Durch kollektives Handeln wurde der Wunsch nach einem Zusammenleben in versöhnter Verschiedenheit zum Ausdruck gebracht und verankert. Die Abschlussveranstaltung mit Stadtrundgang fand am 01. September 2018 statt, an der ca. 200 Einwohner*innen – auch Geflüchtete – teilnahmen.

Am 19.12.2018 fand die Zertifizierung des Mehrgenerationenhauses, des Seniorenheimes Hermann-Josef-Lascheid, des Haus Oberlar und der Janosch Grundschule statt. Hierdurch soll auch zukünftig das klare Bild für ein friedliches Zusammenleben unserer vielfältigen Gesellschaft in den Köpfen und Herzen verankert werden, um Menschen aller Generationen darin zu bestärken, mit einer offenen, neugierigen und unvoreingenommenen Haltung aufeinander zuzugehen. Diese Thematik wurde auch in das Schulprogramm der Janosch Grundschule aufgenommen. In der schuleigenen Druckerei und im Kunstunterricht wird die Symbolik ebenfalls gestalterisch aufgegriffen und weitergestaltet.

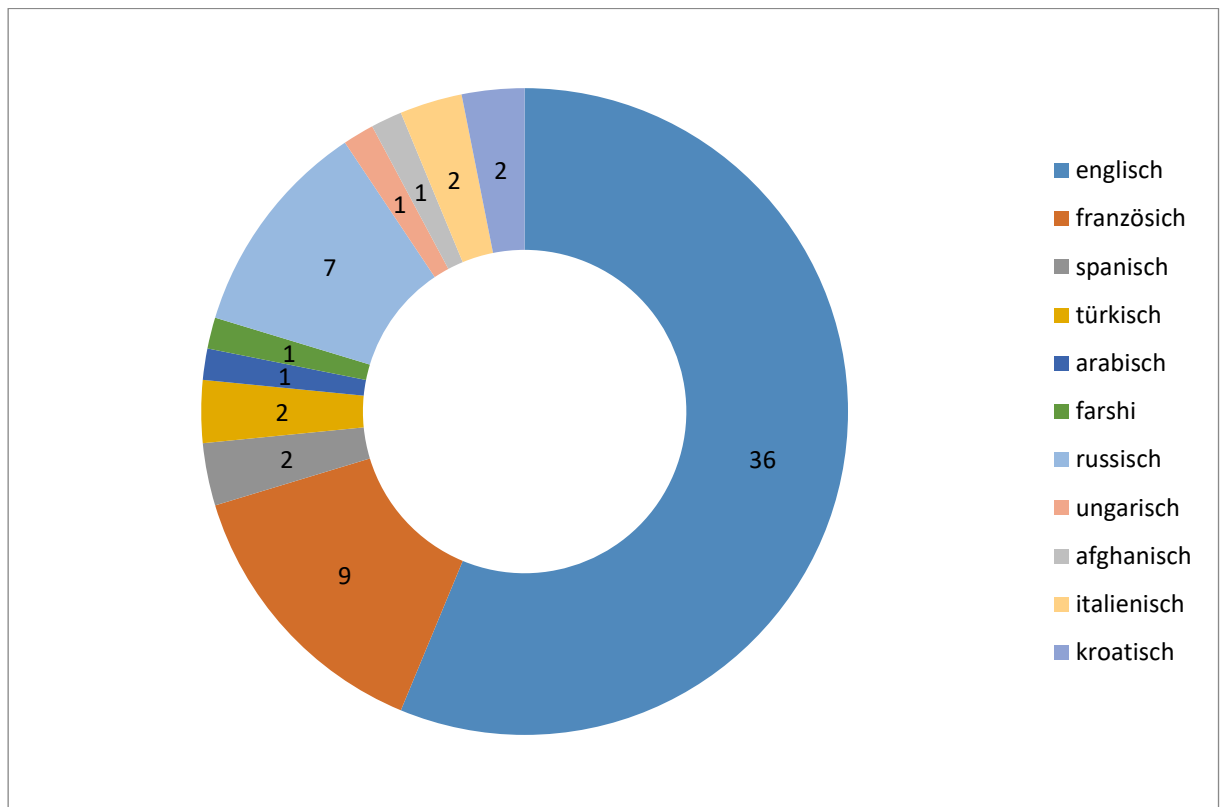
Am 31. August 2019 fand ein weiterer interreligiöser Stadtspaziergang des Gesprächskreises der Religionen in Troisdorf statt.

2. Im Rahmen des am 15. März 2019 durchgeführten Ehrenamtstages wurde den ehrenamtlich Engagierten in der Flüchtlingshilfe / Netzwerk Integration die Möglichkeit eröffnet, Kontakte zu Unternehmen aus Troisdorf zu knüpfen. Die Akquise von Bürger*innen, welche sich selbst mit einem persönlichen Engagement in die Integration Geflüchteter einbringen wollen, war ein wesentlicher Bestandteil des Ehrenamtstages.
3. Im Mai 2019 fand eine Schulung zum Thema Antidiskriminierung statt, an der Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung Troisdorf sowie Mitarbeiter*innen benachbarter Kommunen teilnahmen. Ziel der Schulung war es, dass die Teilnehmenden Diskriminierungen besser erkennen und diesen leichter entgegentreten können. Dabei wurden durch neue Perspektiven auf das Thema Denkanstöße gegeben und auch die eigene Verflechtung in Machtstrukturen beleuchtet. Durchgeführt wurde die Schulung vom Antidiskriminierungsbüro Köln (ADB).
4. Am 05. Und 09. September 2019 nahmen Beschäftigte der Stadt Troisdorf an dem Qualifizierungsworkshop „Sensibilisierung zum Thema Antidiskriminierung und Vielfalt als Handlungsfeld“ teil, das vom Kommunalen

Integrationszentrum Rhein-Sieg-Kreis organisiert wurde.

5. Der Troisdorfer Verein „Rot-Weiß-Hütte“ belegte beim Integrationspreis des Deutschen Fußball-Bundes den zweiten Platz in der Kategorie „Verein“.
6. Seit November 2018 bewirbt auch die Stadt Troisdorf das Präventivprogramm des Ministeriums des Inneren NRW zu den Themen Rechtsextremismus und gewaltbereiter Salafismus. So werden Flyer ausgelegt und Plakate aufgehängt, die das Programm an die jeweilige Zielgruppe heranträgt.
7. Im Mai 2019 wurde nach der Rupert-Neudeck-Schule und der Getrud-Koch-Gesamtschule als erste Troisdorfer Grundschule die Evangelische Grundschule „Unterm Regenbogen“ in das bundesweite Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ aufgenommen.
8. Im August 2019 wurde ein mehrsprachiges Seniorentelefon im Mehrgenerationenhaus eingerichtet. Da der Bedarf sich als gering erwiesen hat, werden die telefonischen Anfragen derzeit wieder im allgemeinen Betrieb des MGH und der Seniorenberatung des Sozial- und Wohnungsamtes abgewickelt.
9. Der durch die Landesregierung NRW geförderte Heimatpreis wurde durch Ratsbeschluss im Jahr 2019 dem Café International (1. Preis) und im Jahr 2020 dem Verein F.I.T.- Box e.V. (1. Preis) - beide langjährige Akteure im Netzwerk Integration - verliehen. Hierbei wurde das langjährige Engagement des Café International zur Integration Geflüchteter und anderer Migranten in die Stadtgesellschaft und das Engagement der F.I.T.- Box e.V. im Rahmen der Aktion „Mund-Nasen-Schutz in Troisdorf“, bei der sich auch Geflüchtete und Migranten beteiligten, gewürdigt.
10. Im Frühjahr 2019 wurde die Teilnahme am Projekt „Gemeinsam klappt's“ vom Rat der Stadt Troisdorf beschlossen. Die Landesinitiative richtete sich an junge volljährige Geflüchtete (18 – 27 Jahre) mit der Zielsetzung, die Potentiale dieser jungen Menschen im Hinblick auf die Eingliederung in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu erkennen und zu fördern. Zwischenzeitlich ist das Projekt eingemündet in das Projekt „Durchstarten in Arbeit und Ausbildung“, das seitens der Stadt Troisdorf in Kooperation mit dem Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) und dem SKM - Katholischer Verein für soziale Dienste im Rhein-Sieg-Kreis e. V. begleitet wird. Die Teilnehmenden erhalten neben der beruflichen Integration und begleitendem Deutschunterricht ein Coaching, das ihnen den Einstieg ins Berufsleben erleichtern soll.
11. Migrationsberatung für Erwachsene (MbE) wird durch die Deutsch-Kurdische Gemeinschaft an Rhein und Sieg in Haus Oberlar sowie durch die Diakonie im Gemeindezentrum Am Wildzaun angeboten.
12. Das SkF-Projekt „Frau und Flucht“ wird weiter mit Eigenmitteln des Sozial- und Wohnungsamtes gefördert. Räumlichkeiten für die geschützte Unterkunft für Frauen werden zur Verfügung gestellt.

13. Die mehrsprachigen Flyer im Rathaus werden fortlaufend aktualisiert.
14. In die Stellenausschreibungen wurde folgender Satz implementiert:
- Die Stadt Troisdorf fördert die Gleichstellung aller Menschen und begrüßt deshalb Bewerbungen unabhängig von ethnischer, kultureller oder sozialer Herkunft, Alter, Religion, Weltanschauung, Behinderung oder sexueller Identität ausdrücklich.
15. Eine Vielzahl verschiedener KOMM-AN-Projekte wurden eingerichtet und durchgeführt.
16. Für die erreichten Meilensteine der interkulturellen Öffnung der Verwaltung erhielt das Sozial- und Wohnungsamt der Stadt Troisdorf das Siegel „Interkulturell orientiert“. Hierbei wurde unter anderem eine Auswertung der Sprachkompetenzen der Mitarbeitenden durchgeführt:



Im Rahmen der Rezertifizierung soll diese Auswertung auf weitere Bereiche der Verwaltung ausgeweitet werden. Des Weiteren sind Fortbildungsmaßnahmen sowie Newsletter zu interkulturellen Themen geplant.

Die in Troisdorf tätige Initiative „Hab8“, die sich für den Beitritt der Stadt Troisdorf bereits im September 2019 eingesetzt hatte, veröffentlichte auf ihrer Homepage im Flyer Nr. 4:

Die Gewaltenteilung ist das Merkmal einer jeden Demokratie. Gesetzgebung, Gerichtsbarkeit und Verwaltung kontrollieren sich gegenseitig. Die Verteilung der Staatsgewalt auf mehrere Staatsorgane dient dem Zweck der Machtbegrenzung und der Sicherung von Freiheit und Gleichheit.

Hinsichtlich der außenpolitischen Fragestellungen entzieht sich der Inhalt eines Antrages auf Beitritt zur Initiative Seebrücke der Befassungskompetenz des Rates der Stadt Troisdorf aus folgenden Gründen:

Grundsätzlich sind Kommunen nur für ihre örtlichen Belange zuständig. Das Bundesverwaltungsgericht definiert diese örtlichen Belange in seiner Entscheidung vom 14.12.1990 als solche, die in der öffentlichen Gemeinschaft wurzeln oder auf sie einen spezifischen Bezug haben, die also den Gemeindewohnern gerade als solchen gemeinsam sind, indem sie das Zusammenleben und –wohnen der Menschen in der Gemeinde betreffen. Eine Stellungnahme einer Gemeindevertretung muss demnach – so das Bundesverwaltungsgericht – auch und gerade wenn sie den Kompetenz- und Zuständigkeitsbereich sonstiger Stellen der vollziehenden Gewalt betrifft, in spezifischer Weise ortsbezogen sein. Der bloße Umstand, dass die Gemeindevertretung nur für die eigene Gemeinde spricht, genügt schon deshalb nicht, weil sie sonst unter Berufung auf die im Selbstverwaltungsrecht wurzelnde Allzuständigkeit der Gemeinde auch allgemeinerpolitische Fragen zum Gegenstand ihrer Tätigkeit machen könnte. Die Gemeinde erlange jedoch aus Artikel 28 Absatz 2 Satz 1 Grundgesetz nur ein kommunalpolitisches, nicht jedoch ein allgemeines politisches Mandat.

Die Befassung mit Angelegenheiten, die diesen Zuständigkeitskreis übersteigt, ist also den Kommunen verwehrt. Fragen, die sich mit der Seenotrettung auf dem Mittelmeer, mit rechtlichen Änderungen zur einfachen Aufnahme und besseren Behandlung von Geflüchteten im europäischen Ausland oder mit der Sicherheit von Herkunftsländern befassen, sind daher der Befassungskompetenz von Kommunen entzogen.

In gleicher Angelegenheit wurde bereits in den Sitzungen des Rates am 01.10.2019, des Integrationsrates am 30.10.2019 und des Sozialausschusses am 26.11.2019 und 12.02.2020 beraten und festgestellt, dass die Stadt Troisdorf sich bereits umfangreich für Geflüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte einsetzt und die in Troisdorf lebende Zivilgesellschaft aktiv in das Engagement für Geflüchtete einbindet.

Um Beratung wird gebeten.

Alexander Biber
Bürgermeister

